

# Waldenburger Anzeiger.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dinstags, Donnerstags und Sonnabends.  
Preis vierteljährlich 1 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummern 8 Pf. — Insertionsgebühren pro kleingespaltene Zeile für Abonnenten 7 Pf., für Nichtabonnenten 10 Pf. Bei mehrmaliger Insertion entsprechender Rabatt. — Inseraten-Aannahme bis Abends 5 Uhr des vorhergehenden Tages. — Reclamen im Redactionstheil pro Zeile 20 Pf. — Geeignete Beiträge sind stets willkommen.

Nr. 22.

Dinstag, 20. August

1878.

## Bekanntmachung.

Die im hiesigen Stadtbezirke wohnhaften Eltern, bez. Vormünder und Pfleger impfpflichtiger Kinder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die gesetzlich vorgeschriebenen unentgeltlichen Impfungen bis auf Weiteres

**Dinstags und Sonnabends**

**Vormittags von 8—9 Uhr**

im Zimmer der Stadtverordneten hier (Rathhaus, I. Etage rechts) vorgenommen werden und daß behufige Anmeldungen zur gedachten Zeit ebenfalls beim Impfarzte, Herrn Dr. med. Funckhanel, vorzubringen sind.

Waldenburg, den 13. August 1878.

Der Stadtrath.

**Cunrady.**

## Bekanntmachung.

Behufs geeigneter Durchführung der Bestimmungen des Reichs-Impfgesetzes werden die im hiesigen Stadtbezirke wohnhaften Eltern, bez. Vormünder und Pfleger der in den Jahren 1873 bis 1877 geborenen Kinder aufgefordert, die bezüglichen Impfscheine bei Vermeidung von Geldstrafen bis zu 20 Mark — bis

**zum 24. August 1878**

auf der hiesigen Rathsexpedition abzugeben.

Waldenburg, den 13. August 1878.

Der Stadtrath.  
**Cunrady.**

## Politische Rundschau.

\*Waldenburg, 19. August 1878.

Das Socialistengesetz wirbelt außerordentlich viel Staub in der deutschen sowohl wie in der ausländischen Presse auf. Die deutschen Blätter sind zum großen Theile gegen das Gesetz, da sie befürchten, daß unsere Freiheiten dadurch in bedenklichster Weise gefährdet würden. Als es sich um die Maigesetze handelte, die doch auch einem großen Theile der Bevölkerung erhebliche Beschränkungen auferlegen, waren sie für ihre Einführung. Bei dem Socialistengesetz handelt es sich allein um die Dämmung der socialistischen Hochfluth und unser unabhängiger Richterstand muß uns die Sicherheit gewähren, daß nicht Personen unter diesem Gesetze leiden, die von socialistischen auf Umsturz berechneten Bestrebungen weit entfernt sind. Natürlich wird das Gesetz noch manchen Aenderungen unterliegen, ehe es zur Annahme gelangen dürfte. In nationalliberalen Kreisen herrscht die Meinung, daß ihre Fraction das Gesetz nicht ohne Weiteres abweisen wird, man glaubt, daß die Forderungen, welche von nationalliberaler Seite erhoben werden dürften, nicht derart sein werden, um eine Verständigung mit der Regierung auszuschließen. Vor Allem soll das Gesetz nur für eine gewisse Reihe von Jahren Geltung haben, sodann wird der Wunsch geäußert, daß entweder die dem neuen „Reichsamt für Vereinswesen und Presse“ zugewiesenen Funktionen den ordentlichen Gerichten übertragen werden möchten oder aber der richterliche Charakter des neuen Amtes noch schärfer hervorgehoben werde. Wir können ebenfalls nicht einsehen, weshalb denn ein besonderer Gerichtshof für die Socialisten nöthig ist, es scheint uns darin eine große Gefahr zu liegen. In der Unabhängigkeit der Richter liegt unser Palladium.

Im Justizauschuß des Bundesraths ist bis jetzt nur ein Theil der Socialistenvorlage durchberathen worden. Das Hauptbedenken richtet sich gegen das „Reichsamt für Vereinswesen und Presse.“ Namentlich soll Baiern und nicht minder Württemberg und Sachsen sich dagegen erklärt haben.

Die Stichwahlen haben für die Socialdemokraten noch einen ansehnlichen Zuwachs gebracht, und sind jetzt gewählt in Sachsen Bebel, Liebknecht, Bracke, Wiemer und Kaiser. Ob auch Bahlreich, der nach den bisherigen Meldungen große Aussichten hat, durchgekommen ist, konnten wir noch nicht erfahren. In Preußen wurden socialistische Vertreter in Elberfeld, Breslau und Berlin gewählt, sodas bis jetzt acht Socialdemokraten in den Reichstag kommen.

In Altona hat es ein hartes Ringen zwischen Fortschritt und Socialdemokratie gegeben. Von den Socialdemokraten als eine feste Burg betrachtet, die sie mit Leichtigkeit wieder erobern könnten, ist ihnen der Sieg dennoch nicht gelungen. Karsten wurde mit 13,303 Stimmen gegen den Socialdemokraten Praast gewählt. Letzterer erhielt 13,212 Stimmen. Allerdings fehlt ihm da nur eine geringe Zahl.

Das Deficit in Höhe von 20 Millionen Mark, welches der preussische Etat anzudeuten hat, rührt, wie bereits erwähnt, theilweise aus den Mindereinnahmen der Staatsindustrie her. Bei der nächsten Statberathung im Landtage soll nun von der Volksvertretung wiederum darauf hingewirkt werden, daß man mit der Veräußerung der Domänen und Hüttenwerke langsam vorgehe. Es soll hervorgehoben werden, daß diese Domänen und Hüttenwerke, wenn sie sich im Besitze von Privaten befänden, einen weit höheren Betrag abwerfen würden, weil alsdann die Geschäftsführer an dem Gewinne ein unmittelbares Interesse haben würde.

Die Münzconferenz in Paris hat am Freitag ihre erste Sitzung abgehalten. Der Delegirte der Vereinigten Staaten von Nordamerika unterbreitete der Conferenz eine Vorlage, wonach ein allgemeines Verhältniß zwischen Gold und Silber hergestellt, und die Freiheit der Ausprägung ausgesprochen werden soll. Beschlossen wurde, Deutschland nochmals zur Betheiligung an den Arbeiten der Conferenz einzuladen.

Der diesjährige XI. deutsche allgemeine Protestantentag wird vom 8. bis 10. Oktober d. J. in Hildesheim stattfinden. Als erster Gegenstand der Hauptverhandlungen ist das Thema: „die kirchliche Lehrfreiheit und das Gemeinderecht“ in Aussicht genommen. Gegenüber der Verkümmern der Gemeinderechte, wie sie in der preussischen Landeskirche an der Tagesordnung ist, wird der Verein die Grundsätze darlegen, nach denen die Grenzen der Lehrfreiheit gezogen werden können, ohne die Grundrechte der Reformation zu verleugnen. An zweiter Stelle wird „die grundlegende Bedeutung der Religion für das Volksleben“ von Kircheninspektor Dr. Spaeth aus Breslau besprochen werden, woran sich eine Beleuchtung der praktischen Aufgaben des Vereins in der gegenwärtigen sozialen Lage knüpfen wird. Die Festpredigten werden Professor D. Pfeleiderer aus Berlin und Pastor Klaap aus Dsnabrück halten.

Die österreichischen Occupationstruppen haben einen Mißerfolg zu verzeichnen. Die 20. Division hatte die Aufgabe, den nordöstlichen Winkel Bosniens zu besetzen und bis Zwornik an der serbischen Grenze vorzubringen. Während

nun die anderen Colonnen bei ungleich schwierigerem Terrain sich ihrem Ziele näherten und bald vor Serajewo stehen werden, mußte die 20. Division von Tuzla nach ihrem Ausgangspunkte Gracanica zurückgehen. An jenem Punkte haben nämlich sämtliche Einwohner, Christen und Türken, fast ausnahmslos gegen die Oesterreicher die Waffen ergriffen. Außerdem haben auch die Geschütze nicht überall zur Verwendung kommen können, weil häufige Achsenbrüche der Gestelle deren rasche Bewegung verhinderten. Spätere Berichte sagen, daß die Division relativ riesige Verluste erlitten hat, sowohl an Menschen wie an Train. Thatsache soll sein, daß reguläre türkische Truppen und serbische „Freiwillige“ die Oesterreicher hart bedrängten. Ein officielles Wiener Telegramm vom 16. d. besagt noch, daß gegen 30 Bataillone regulärer türkischer Truppen den aufständischen Mohamedanern sich angeschlossen haben und daß große Quantitäten von Waffen und Munition nach Bosnien geschafft und dort vertheilt worden sind. Angesichts dieser Thatsachen werden in Oesterreich bereits zwei weitere Divisionen mobilisirt. Eine blutige Arbeit, diese Occupation, wie sie selbst von den ärgsten Schwarzsehern nicht erwartet worden ist. Oesterreich hat es sich zum großen Theile selbst zuzuschreiben, daß die Besetzung so außerordentlich schwierig geworden ist; anstatt so schnell wie möglich die Besetzung vorzunehmen, versäumt es mehrere Wochen mit diplomatischen Unterhandlungen, die von der Türkei wahrscheinlicher Weise zur Organisation des Aufstandes benutzt wurden.

Das englische Parlament ist gestern in die wohlverdienten Ferien gegangen. Parlament und Kabinet haben auf eine glorreiche Campagne zurückblicken und beiden ist die Ruhe wohl zu gönnen, wengleich für das Ministerium die Zeit aufregender politischer Arbeit noch lange nicht abgeschlossen ist, denn es gilt jetzt den neu erworbenen Besitz an Ansehen, Macht und Ländergebiet zu festigen, und auf der gelegten Basis das begonnene Gebäude weiter auszuführen. Man muß gestehen, Englands Ansehen und Macht ist in der jüngsten Spanne Zeit kolossal gewachsen und seine Stimme ist wieder maßgebend geworden im Rathe der Nationen. Ob allein durch eigene Kraft oder hauptsächlich durch die Fehler des russischen Gegners mag im Augenblick unerörtert bleiben. Jedenfalls hat die von Lord Beaconsfield mit kraftvoller Energie von Neuem ins Leben gerufene „Reichspolitik“, welche die riesigen Hilfsmittel des verstreuten englischen Besitzstandes zu gemeinsamer Aktion zusammenschließen bestrebt ist, Hervorragendes geleistet und England wieder in das Vordertreffen der tonangebenden Nationen gestellt.